Fokus KOMMUNE

Vom Planungsbeginn bis zum rechnungsmäßigen Abschluss

Beitragssachbearbeitung „aus einem Guss“

Neben den Gewerbesteuereinnahmen sind kommunale Beiträge zur wichtigsten **(Re-)Finanzierungsquelle** für Städte und Gemeinden geworden. Ohne ein leistungsfähiges Sachbearbeitungssystem lässt sich das komplexe Beitragserhebungsverfahren heute nicht mehr rationell abwickeln.

Nirgendwo auf der Welt gibt es ein so ausdifferenziertes System von Kommunalabgaben wie in Deutschland. Unter diesen Oberbegriff fallen kommunale Steuern, Gebühren, Beiträge und „kommunale Abgaben eigener Art“ heißt es in Wikipedia. Die nähere Ausgestaltung der Kommunalabgaben haben die Bundesländer jeweils in eigenen Kommunalabgabengesetzen (KAG) geregelt.
Neben den Bundesgesetzen (Abgabenordnung, Baugesetzbuch, Gewerbesteuergesetz, Grundsteuergesetz und dem Gemeindefinanzreformgesetz) bilden die KAG die wichtigste Rechtsgrundlage für die Einnahmen der Gemeinden und anderer kommunaler Gebietskörperschaften. Hinzu kommt noch Artikel 106 Abs. 6 des Grundgesetzes, wonach die Kommunen örtliche Verbrauchs- und Aufwandsteuern selbst durch Satzung einführen und erheben können.
Ein relativ einfaches Praxisbeispiel ist der Erschließungsbeitrag nach dem BauGB: Die Kommune erschließt ein Baugebiet mit öffentlichen Straßen sowie mit Ver- und Entsorgungsanlagen. Damit verbessert sie den Grundstückswert der angrenzenden Privatgrundstücke und kann von den Anliegern einen Erschließungsbeitrag erheben – unabhängig davon, ob diese die geschaffenen öffentlichen Einrichtungen nutzen oder nicht, erläutert Wikipedia.

Komplexe Praxis

Was sich zunächst so einfach anhört, ist in der Praxis aber häufig viel komplexer und differenzierter. Denn bei dieser wie auch bei so gut wie allen anderen kommunalen Beitragsarten gibt es heute natürlich zahlreiche Ausnahmen und Sonderfälle, die in einem Beitragserhebungsverfahren individuell berücksichtigt und differenziert behandelt werden müssen. Dass dies bei der Anzahl der Vorgänge – vor allem in einer Großstadt – nicht mehr mit „selbstgestrickten“ und fehleranfälligen Excel-Lösungen oder anderen unzureichenden Hilfsmitteln zuverlässig und rationell erledigt werden kann, liegt auf der Hand.

Bild: isp-insoft

Burkhard Wedell, isp-insoft-Firmengründer: „Ein ausgereiftes System“

Bis 1992 gab es keine adäquate IT-Lösung für das kommunale Beitragswesen, weshalb die isp-insoft GmbH damals ein Kostenrechnungssystem für die Spezialaufgabe „Erschließungsmaßnahmen“ auf den Markt brachte.

Feeback von Anwendern

Im Laufe der folgenden 24 Jahre wurde seitdem die erste Version dieser Software in enger Zusammenarbeit mit Anwendern und Fachleuten kontinuierlich zu einem modernen Windows-basierenden System weiterentwickelt, das heute folgende Beitragserhebungsarten abdeckt:

- Erschließungsbeiträge,
- Straßen(aus)baubeiträge – einmalig und wiederkehrend,
- Beiträge für Wirtschaftswege,
- Umlageverfahren Wasser- und Bodenverbände,
- Kostenerstattung nach § 135 a-c BauGB,
- Ausgleichsbeträge Sanierungsgebiete § 154 BauGB,
- Abrechnung für Standortgemeinschaften,
- Herstellungsbeiträge Wasser/Abwasser,
- gesplittete Niederschlagswassergebühr.

Das Programm „KKG“ kann Bescheide für Vorausleistungen, Endabrechnungen, Änderungsverfahren und Ablösungen erzeugen und auf Wunsch zur Begleitung, Dokumentation und Überwachung des gesamten Beitragserhebungsverfahrens eingesetzt werden – von der Planung bis zum letzten Zahlungseingang.
„Schon 1999 entschieden wir, uns ganz auf das Produkt KKG zu konzentrieren. Mit aktuell rund 20 Mitarbeitern im Geschäftsbereich isp-kommunal können wir in KKG auch individuelle Anwenderwünsche realisieren. Auf diese Weise ist die Software in den vielen Jahres des Einsatzes zu einem auch im Detail sehr ausgereiften System geworden, das alle fachlichen Anforderungen aus dem Beitragsrecht abdeckt“, erläutert Firmengründer und Geschäftsführer Burkhard Wedell, der großen Wert auf einen intensiven Austausch mit den Anwendern legt: „Eine wesentliche Quelle für die Qualität und kontinuierliche Weiterentwicklung der Software sind auch die jährlich bundesweit 15 regionalen Anwendertreffen, in denen Anwender ihre Erfahrungen austauschen und aktuelle Lösungsansätze auf der praktischen Ebene diskutieren“, so Wedell, der die Firma vor 35 Jahren gegründet hat.
Nach seinen Worten repräsentiert die IT-Lösung die „gesammelten Erfahrungen aller aktuell 1.260 Beitragsfachleute aus allen Bundesländern“.

Der Autor

Detlev Spierling

Meinungen der Anwender

Bundesweit arbeiten 1.260 Anwender in 469 Kommunen nahezu jeder Größenordnung mit „KKG“ – von kleinen Gemeinden bis hin zur Millionenstadt. Anwender von neun repräsentativ ausgewählten Stadtverwaltungen unterschiedlicher Größe schildern ihre Praxiserfahrungen mit der Software. Zu Wort kommen die Städte Schwerin, München, Stendal, Willich, Ennepetal, Oberhausen, Aachen, Hamm und Münster:

[http://bit.ly/KKG-Anwender]

Kommunale Initiative

Landesweites Kita-Portal startet Pilotbetrieb

Die Datenbank für schleswig-holsteinische Kindertagesstätten hat den Testbetrieb aufgenommen. Das Projekt entstand auf Initiative der Kommunen.

Familienministerin Kristin Alheit, Jochen von Allwörden (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände) und Matthias-Christian Bonse (Bürgermeister der Stadt Wahlstedt) haben offiziell den Pilotbetrieb für die landesweite Kita-Datenbank der Stadt Wahlstedt im Kreis Segeberg gestartet. Während des dreimonatigen Pilotbetriebs testen die Kreise Segeberg, Ostholstein, Stormarn und Rendsburg-Eckernförde sowie die Hansestadt Lübeck mit zwölf Kommunalverwaltungen und vielen örtlichen Kitas die Funktionen der auf kommunale Initiative entstandenen interaktiven Datenbank, die online zugänglich ist.
Im Verlauf der Testphase, die von Februar an etwa drei Monate andauert, werden in Schleswig-Holstein rund 180 Einrichtungen in das Kita-Portal aufgenommen. „Viele Eltern wissen aus eigener Erfahrung, was für ein Hürdenlauf eine Kita-Anmeldung sein kann“, erklärt Sozialministerin Alheit. Das Kita-Portal solle ein Türöffner für die Kitas werden und den Zugang für Familien deutlich erleichtern. „Zugleich bekommen Träger und Kommunen eine verlässlichere Grundlage für die Bedarfsplanung. Dies ist essentiell für einen passgenauen Kita-Ausbau. Mit dem Projekt setzen wir den Wunsch vieler Familien und Kommunen in Schleswig-Holstein um. Das Portal wird davon leben, dass möglichst alle Einrichtungen und Gemeinden mitmachen“.
„Wir sind davon überzeugt“, ergänzt Jochen von Allwörden, „dass alle Beteiligten von der landesweiten Kita-Datenbank profitieren werden: Die Eltern erfahren tagesaktuell, wo Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, die Kommunen erkennen Doppel- und Mehrfachanmeldungen und erhalten so eine Grundlage für die Planung und Sicherstellung des erforderlichen Betreuungsangebotes, und die Kitas werden unter anderem durch die automatische Erstellung von Statistiken und durch andere Verwaltungsfunktionen entlastet.“ Das Online-Portal ersetze aber nicht die persönliche Vorsprache der Eltern in der Kita. „Das Kita-Portal macht Voranmeldungen möglich, die Platzvergabe und der Abschluss des Betreuungsvertrages erfolgen weiterhin in der Kita.“

Bild: Irina Schmidt_Fotolia.com

Das Kita-Portal ist gebaut, nun folgt die Pilotphase

Planungssicherheit

Matthias-Christian Bonse, Bürgermeister der Stadt Wahlstedt, betont: „Wir sind als Stadt schon immer in enger Abstimmung mit den Trägern der Kitas, um gerade auch die Thematik der Doppelanmeldungen möglichst rechtzeitig abzugleichen. Die neue Datenbank wird hierbei einen enormen Vorteil hinsichtlich der Planungssicherheit für alle Beteiligten, wie Stadt, Träger und gerade auch den Eltern bringen.“
Online erhalten Eltern die Möglichkeit, sich die Einrichtungen anzusehen. Über die Eingabe von Suchkriterien können die Eltern die entsprechenden Einrichtungen finden – Krippe, Kita oder Hort. Die Profilseiten enthalten folgende Informationen:

- Öffnungszeiten, Kontaktdaten,
- Fotos der Einrichtung,
- Altersgruppen und freie Plätze,
- Beschreibung zur Einrichtung,
- Maske zur Voranmeldung.

Der Echtbetrieb des Kita-Portals soll Mitte 2016 starten. Das Sozialministerium erwartet, dass sich nahezu alle rund 1.100 Städte und Gemeinden sowie die örtlichen Träger der Jugendhilfe beteiligen. Bei der weiteren Umsetzung wird das Sozialministerium die Aufgaben einer zentralen Stelle übernehmen, die die Ordnungsmäßigkeit der gemeinsamen Datenverarbeitung sicherstellen soll. Für die Erstellung der Software, die Projektbegleitung, die Durchführung von Schulungen in den Kommunalverwaltungen und den Kita-Einrichtungen sind seit 2014 Fördermittel von insgesamt 470.000 Euro aus IT-Harmonisierungsmitteln des Landes bereitgestellt worden. Für den laufenden Betrieb und die Betreuung der Anwender sind weitere Mittel vorgesehen. Die Projektbetreuung erfolgt durch den IT-Dienstleister Dataport. ***su***

Kita-Portal

Die Datenbank der Kindertagesstätten finden Sie online unter

[www.kitaportal-sh.de]